

Landkreis Wesermarsch, Poggenburger Str. 15, 26919 Brake

An die Mitglieder des Gremiums
als Protokoll

allen übrigen Kreistagsmitgliedern
zur Kenntnisnahme

Auskunft erteilt: Ines Mannagottera
Zimmer.: 239
Telefon: 04401 – 927 326
04401 – 927 0 (Zentrale)
Telefax: 04401 – 927 339
E-Mail: ines.mannagottera@lkbra.de

Brake, den 03.12.2013

Protokoll

zur öffentlichen Sitzung mit anschließendem nicht öffentlichen Teil

Gremium		FinA/10/2013
Ausschuss für Finanzen, Personal und Gleichstellungsfragen		
am Montag 02.12.13	Sitzungsdauer 16:30:00 bis 19:40:00 Uhr	Ort Kreishaus, großer Sitzungssaal, Poggenburger Straße 15, 26919 Brake

Anwesend sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Alfred Schäfftlein
Walter Erfmann
Dragos Pancescu
Johan Scholtalbers
Jürgen Sprickerhof
Daniel Stellmann
MdL Björn Thümler
Hille Tiarks
Andreas von Lübken
Theresa Wiesensee
Kurt Winterboer
Manfred Wolf

Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied
In Vertretung für Frau Schröder
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied ab 18:53 h für Herrn Thümler
Ausschussmitglied
In Vertretung für Herrn Siefken
stellv. Ausschussvorsitzender
Ausschussmitglied ab 18:20 h für Frau Tiarks
Ausschussmitglied
Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder (Grundmandat)

Thomas Bartsch

Ausschussmitglied

Beratende Mitglieder

Albert Mumme

Vertr. Behindertenbeirat

Gäste

Heidi Brunßen

Kreistagsmitglied

von der Verwaltung

Ulla Bernhold
Hans Kemmeries
Rudi Schulenberg20
Horst Stolz
Matthias Sturm
Maren Würger

Leiterin Ref. 16 - Gleichstellungsbeauftragte
Erster Kreisrat
Leiter Rettungsdienst
Leiter FD 10 - Zentrale Dienste, Personal, Orga.
Ref. 91- Büro des Landrats, Protokollführung
Leiterin FD 20 - Finanzen

Entschuldigt sind:

Stimmberechtigte Mitglieder

Christina-Johanne Schröder
Stephan Siefken

Ausschussmitglied
Ausschussmitglied

von der Verwaltung

Jan-Lüder Köhlken

Leiter FD 14 - RPA

Tagesordnung

Öffentlicher Teil:

- 1 Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
- 2 Feststellung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 16.09.2013
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Finanzierungsantrag von Konfliktschlichtung e.V., Oldenburger Interventionsprojekt (Olip):
Soziales Training bei Gewalt in Partnerschaft und Familie
Vorlage: 2013/Ref16/009
- 6 Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2013
Vorlage: 2013/FD20/036
- 7 Haushalt 2014 und Haushaltssatzung 2014
Vorlage: 2013/FD20/033
- 8 Entschuldungskonzept 2014
Vorlage: 2013/FD20/035
- 9 Investitionsprogramm 2014 bis 2017
Vorlage: 2013/FD20/034

- 10 Jahresrechnung 2009 sowie Entlastung
Vorlage: 2013/FD20/037
- 11 Ausbildungsplätze 2014
Vorlage: 2013/FD10/032
- 12 Übertragung eines Haushaltsausgaberestes gemäß § 20 Absatz 2 GemHKVO
Vorlage: 2013/FD20/038
- 13 Verschiedenes (u.a. Liquid Wesermarsch)

Öffentlicher Teil:

1	Begrüßung und Feststellung der fristgerechten Ladung und Beschlussfähigkeit
----------	---

Der Ausschussvorsitzende eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.
Er stellt fest, dass zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß geladen wurde und der Ausschuss beschlussfähig ist.

2	Feststellung der Tagesordnung
----------	-------------------------------

Die Tagesordnung wird ohne Einwände festgestellt.

3	Genehmigung der Niederschrift vom 16.09.2013
----------	--

Die Niederschrift über die Sitzung vom 16.09.13 wird in der vorliegenden Fassung einstimmig genehmigt.

4	Einwohnerfragestunde
----------	----------------------

- keine Wortmeldungen -

5	Finanzierungsantrag von Konfliktschlichtung e.V., Oldenburger Interventionsprojekt (Olip): Soziales Training bei Gewalt in Partnerschaft und Familie Vorlage: 2013/Ref16/009
----------	--

Frau Bernhold führt in die Thematik ein und wirbt für eine Zustimmung des Ausschusses. Anschließend stellen Frau Kleinhans und Herr Ihnen von Konfliktschlichtung e. V. Ihre Arbeit vor. Das Programm sei hauptsächlich für Männer als Täter konzipiert, die mind. 21 Jahre alt sind und grundsätzlich bereit sind, über ihre Rolle zu sprechen und die Tat nicht grundsätzlich leugnen oder verharmlosen. Die hierbei erfolgenden Gespräche finden in Einzel- oder Gruppenform statt, in der Regel einmal wöchentlich und dauern rd. 2 Stunden. Untersuchungen hätten ergeben, dass nach ca. 1/2 Jahr eine Veränderung im Verhalten der Täter stattfindet und keine erneute Straftat mehr verübt würde. Bislang habe 1 Einzelgespräch stattgefunden, demnächst sollen Gruppengespräche stattfinden. Hierfür wurden 9 Personen aus dem Oldenburger Raum gefunden. Die Kosten pro Sitzung werden einkommensabhängig festgelegt. Kurse sollen nicht nur in Oldenburg, sondern auch dezentral erfolgen. Für das Zustandekommen einer Gruppe seien 8 bis 10 Personen erforderlich.

Aus Sicht der Justiz sei in den letzten 20 Jahren ein Wechsel in der juristischen Bewertung von Familienkonflikten eingetreten, so Herr de Boer von der Staatsanwaltschaft Oldenburg. Gewalt in

der Familie sei nicht mehr nur Eigensache der Familie, sondern der Staat gehe solchen Delikten nach. Eine Strafverfolgung der Täter sei sinnvoll und wichtig. Selbst bei Rücknahme der Anzeige durch die Geschädigten erfolge eine Weiterverfolgung. Die Opfer-Hilfe sei in Niedersachsen gut organisiert, um die Täter kümmern man sich bislang zu wenig. Dies sei dringend erforderlich. Auch aus Sicht der Justiz sei erkennbar, dass ein sechsmonatiger Kurs für die Täter Erfolge bringe. Somit sei der Zuschuss an Konfliktschlichtung e. V. eine sinnvolle Investition für alle. Von rd. 1000 bis 1200 Verfahren mit Strafverfolgung in sechs großen Landkreisen entfallen geschätzte 100 bis 150 jährlich auf die Wesermarsch. Die Dunkelziffer sei jedoch sehr hoch.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

6	Finanzwirtschaftliche Entwicklung 2013 Vorlage: 2013/FD20/036
----------	--

Frau Maren Würger stellt sich als neue Fachdienstleiterin FD 20 (Finanzen) ab dem 01.01.2014 dem Ausschuss vor.

Herr Kemmeries stellt anhand der bisherigen finanzwirtschaftlichen Entwicklung (Tischvorlage, siehe Anlage) die voraussichtliche Entwicklung des Jahres 2013 vor. Bei den Erträgen werden keine größeren Abweichungen erwartet. Beim Aufwand sind zwar durch den Landratswechsel höhere Personal- und Versorgungsaufwendungen entstanden, insgesamt wird jedoch ein Überschuss von rd. 6 Mio. Euro erwartet und somit rd. 500 Tsd. Euro mehr als bei der Haushaltsaufstellung 2013 geplant. So konnten bei den Zinsaufwendungen Einsparungen erzielt werden, außerdem seien die Aufwendungen im Bereich der KdU (JobCenter) rückläufig.

Im Bereich des investiven Haushalts sei es bedingt durch den späten Haushaltsbeschluss und die Freigabe erst im Mai zu einem Umsetzungsstau gekommen. Aber auch personalbedingt sei es zu Verzögerungen gekommen. Die Verwaltung sei aber bestrebt, den Investitionsrückstand und die neuen Investitionen 2014 zeitgerecht abzarbeiten. Hierzu sollen verstärkt auch Planungsleistungen fremdvergeben werden.

Die Mitteilung wird zur Kenntnis genommen.

7	Haushalt 2014 und Haushaltssatzung 2014 Vorlage: 2013/FD20/033
----------	---

Herr Kemmeries stellt die im Rahmen der Fachausschüsse beratenen Einzelanträge, freiwillige Leistungen und andere finanzwirtschaftlichen Änderungen vor und stellt diese zur Abstimmung als Beschlussempfehlung für den Kreisausschuss. Die detaillierte Übersicht ist der Anlage zu entnehmen.

Auf folgende Besonderheiten wird hingewiesen:

- Der Antrag der Stadt Elsfleth über einen Zuschuss i.H.v. 800,- Euro hat sich erledigt, da der Fahrradkurs anders finanziert werden konnte.
- Zum Antrag auf Einrichtung einer Koordinierungsstelle für Migration und Teilhabe verweist Abgeordneter Thümler auf eine Anbindung an das Refugium. Auf Antrag der CDU-Fraktion zur Ansiedlung des Sitzes der Person beim Refugium wurde auf eine Behandlung im nächsten Fachausschuss verwiesen. Übereinstimmung besteht dahingehend, dass nur der Landkreis Antragsteller sein könne.
- Bezüglich des Antrages zur Erhöhung des Stammkapitals der Kulturstiftung und gleichzeitigem Zinsausfall, beginnend mit 3.500,- Euro in 2014, beantragt Herr Erfmann für die UW-Fraktion stattdessen die Zahlung eines jährlichen Zinsausfalles in Höhe von 4.000,- Euro. Dieser Antrag wird mehrheitlich (1 Stimme dafür, Rest Gegenstimmen) abgelehnt. Sodann wird dem Ursprungsantrag einstimmig zugestimmt.

- Der Antrag zur Bezuschussung der Energieberatung mit 10.000,- Euro für 2014 wird mit einem Sperrvermerk versehen und auf die Empfehlung des Arbeitskreises Klimaschutz/Klimawandel verwiesen. Abgeordneter Bartsch regt einen Sozialtarif für Strom und Gas an.
- Bezüglich des Antrages zur Bezuschussung (Investitionszuschuss) der Bahnhaltstelle Kichhammelwarden weist für die Verwaltung Herr Kemmeries noch einmal darauf hin, dass hier kein überregionaler Bezug erkennbar sei. Außerdem finanziere der Landkreis über den ZVBN die Maßnahme bereits mit. Für die CDU-Fraktion weist Abgeordneter Thümler auf mögliche Folgewirkungen hin. Der Betrag solle besser für den Ausbau und Ausleuchtung von Bushaltstellen verwendet werden.

Abgeordneter Wolf beantragt ergänzend, einmalig 500 Tsd. Euro für die auslaufende KMU-Förderung ab 2014 zur Verfügung zustellen (Antrag siehe Anlage).

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Haushaltsplan 2014 wird mit den Änderungen zugestimmt.

Die Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2014 wird mit den Änderungen beschlossen.

Protokollnotiz: Der FDP-Antrag wird in die Fraktionen verwiesen und dann im Kreisausschuss behandelt.

8	Entschuldungskonzept 2014 Vorlage: 2013/FD20/035
----------	---

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Dem Entschuldungskonzept 2014 wird mit den Änderungen zugestimmt.

9	Investitionsprogramm 2014 bis 2017 Vorlage: 2013/FD20/034
----------	--

Dem Kreisausschuss wird einstimmig (bei 2 Enthaltungen) vorgeschlagen:

Dem Investitionsprogramm 2014 bis 2017 wird mit den Änderungen zugestimmt.

10	Jahresrechnung 2009 sowie Entlastung Vorlage: 2013/FD20/037
-----------	--

Abgeordneter Beck verweist auf den Prüfungsbericht des RPA zur Jahresrechnung 2009 hinsichtlich der inkorrekten Veranschlagung des 10 Mio. Euro Krankenhaus-Zuschusses. Herr Kemmeries räumt ein, dass der in vier gleichen Raten gezahlte Zuschuss in vier Haushaltsjahren veranschlagt wurde. Richtigerweise hätten bei doppischer Buchführung im ersten Jahr der Veranschlagung 2,5 Mio Euro im Haushaltsjahr und 7,5 Mio als Verbindlichkeiten veranschlagt werden müssen. Hierbei handele es sich um einen Fehler bei der Haushaltsplanaufstellung, der aber auch dem genehmigenden Land Niedersachsen nicht aufgefallen sei. Finanzwirtschaftlich sei kein Schaden entstanden. Die erforderliche Inventur wurde erstmals 2011 durchgeführt und kann nicht mehr nachgeholt werden, wird also auch bei der noch folgenden Jahresrechnung 2010 fehlen.

Auf Nachfrage zur Bilanzierung der IZBB-Rückzahlung teilte die Verwaltung mit, dass der Betrag im Jahr der tatsächlichen Rückzahlung, und die dafür ggf. erforderliche Kreditaufnahme, veranschlagt werden müsse.

Dem Kreisausschuss wird einstimmig (bei 4 Enthaltungen) vorgeschlagen:

1. Gemäß § 129 Absatz 1 NkomVG wird der Jahresabschluss 2009 in Aktiva und Passiva mit 142.249.909,46 Euro festgestellt.
2. Der Jahresüberschuss per 31.12.2009 in Höhe von 464.422,52 Euro wird gemäß Artikel 6 Absatz 9 Satz 1 des Gesetzes zur Neuordnung des Gemeindehaushaltsrechtes und zur Änderung gemeindewirtschaftlicher Vorschriften genutzt, um eine Verrechnung mit den vorhandenen kameralen Sollfehlbeträgen (bis 31.12.2006) in Höhe von 66.978.135,23 Euro (Stand 31.12.2009) vorzunehmen.
3. Dem Landrat wird Entlastung für 2009 erteilt.

11	Ausbildungsplätze 2014 Vorlage: 2013/FD10/032
-----------	--

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Zum 01. August 2014 werden 4 Ausbildungsplätze für Verwaltungsfachangestellte sowie 2 Plätze für den Bachelor- Studiengang „ Allgemeine Verwaltung „ angeboten.

12	Übertragung eines Haushaltsausgaberestes gemäß § 20 Absatz 2 GemHKVO Vorlage: 2013/FD20/038
-----------	--

Dem Kreisausschuss wird einstimmig vorgeschlagen:

Der Übertragung eines Haushaltsausgaberestes in Höhe von 55.000 Euro für die Erstellung des Landschaftsrahmenplanes wird zugestimmt.

13	Verschiedenes (u.a. Liquid Wesermarsch)
-----------	---

Herr Kemmeries berichtet über die Planung der Verwaltung, sich noch etwas Zeit für die Suche nach anderen Modellen zu „Liquid Wesermarsch“ zu nehmen. Im 2. Quartal 2014 soll über die Thematik erneut berichtet werden, ggf. mit weiteren Alternativen.

Für die im letzten Ausschuss beschlossene Besetzung der Stelle einer Sozialarbeiterin/eines Sozialarbeiters haben leider alle in Frage kommenden Bewerber abgesagt. Derzeit erfolge eine neue Ausschreibung mit Vorstellungsgesprächen am 12.12.13. Angesichts der besonderen Eilbedürftigkeit werde hier, nach Zustimmung des Personalrates und der Gleichstellungsbeauftragten, eine Eilentscheidung durch den Landrat (§ 89 NKomVG) herbeigeführt und dem Kreisausschuss zur Kenntnis gegeben.

Schäfftlein
Ausschussvorsitz

Sturm
Protokollführung